

Kulturbericht

Von Jakob Overmans S. J.

I.

Als am 18. Oktober 1931 Thomas Alva Edison sein beispiellos reiches Erfinderleben schloß und auch der Papst durch Kardinal Hayes von Neuyork der Familie seine Teilnahme übermitteln ließ („Osservatore Romano“, Nr. 244, 19. Oktober 1931), wurde in der amerikanischen und europäischen Presse um die Frage gestritten, ob er Atheist gewesen sei. Der Schwiegersohn Edisons leugnete es; aber Edison selbst hatte, wie Paul L. Blakely S. J. („America“, 31. Oktober 1931, S. 88) mitteilt, als er einmal gefragt wurde, was Gott für ihn bedeute, ohne Umschweife geantwortet: „Nichts!“ Bei einer andern Gelegenheit sagte er: „So etwas wie Geist ist für mich undenkbar. Stellen Sie sich etwas vor, was kein Gewicht, keine körperliche Form, keine Masse hat, mit einem Worte, stellen Sie sich nichts vor“ („Scientific American“, 30. Oktober 1920). Wie Nikola Tesla („New York Times“, 19. Oktober 1931) bezeugt, dachte Edison überhaupt nicht theoretisch, sondern verließ sich auch bei seinen Erfindungen ganz auf angeborenen praktischen Blick und endlose Versuche. Daher sein bekannter Spruch, „Genie“ sei zehn Prozent Inspiration und neunzig Prozent Transpiration. Wie der alte Darwin, sagt P. Blakely, geäußert habe, daß ihm durch langjährige naturwissenschaftliche Arbeiten die Fähigkeit, Shakespeare zu genießen, verloren gegangen sei, so sei der alte Edison wohl gar nicht mehr imstande gewesen, die Wahrheit der Religion in der Weise zu prüfen, wie es die Eigenart des Gegenstandes fordert.

Ähnlich untheoretisch wird man sich die Wandlung des adeligen Gardeoffiziers D. S. Mirskij zum Bolschewiken zu erklären haben, die er selber in der „Nouvelle revue française“ (September 1931, S. 384—397) erzählt. Seine altrussische Erziehung sei schuld, daß er, obwohl „Materialist aus angeborener Neigung“, zwanzig Jahre in einem „idealistischen und theologischen Chaos“ gelebt habe, bis ihm durch Lesung der Werke Lenins das Licht aufgegangen sei. Zwar habe er nach den Enttäuschungen des Weltkrieges und dann des Kampfes der „weißen“ Heere gegen den Bolschewismus bereits bei einem Besuche Gorkijs in Sorrento mit Wohlbehagen „den ersten rein materialistischen, nicht durch metaphysische Miasmen verseuchten Luftzug“ eingesogen, bald auch von Pokrowskij, dem marxistischen Geschichtschreiber Rußlands, die unersetzliche Bedeutung des Materialismus für die Erklärung unserer geschichtlichen Vergangenheit gelernt; aber erst Lenin habe ihm die Wirklichkeit in voller Klarheit gezeigt, „die Wirklichkeit des Klassenkampfes, der widerspruchsvollen Gesellschaftsauffassung der andern Seite, der schon begonnenen und eines Tages vollständigen Herrschaft des Kommunismus“. Heute liest Mirskij an der Universität London über russische Literatur, offenbar nach dem Grundsatz, den er von Lenin mit größter Begeisterung übernommen zu haben behauptet: daß man die Wirklichkeit nur begreift,

wenn man sie nicht uninteressiert betrachtet, sondern umgestalten, also in diesem Falle dem bolschewistischen Materialismus dienstbar machen will.

Willensmäßig, wie hier aus materialistischen Neigungen ein internationaler Atheismus, wird in der Ludendorff-Bewegung aus übersteigertem Rassegefühl so etwas wie ein nationaler Pantheismus entwickelt. P. Erhard Schlund O.F.M. gibt in der „Academia“ (Oktober 1931, S. 142—150) eine genau belegte Darstellung. „Kirche, Priester, Gebet und Gemeinde“ sind dem Deutschen nur „Enge und Hemmnis“. Nichts ist einem Deutschen so „artverschieden, so entgegengesetzt wie der Jahweglauben“. Dem Deutschen ist „das Weltall gottdurchseelt“, aber „undeutsch ist es seit je, im Worte den deutschen Gott zu fassen“. Er offenbart sich nur „im innersten Selbst“. Im Kinde entwickelt sich aus der Liebe zu edeln Menschen die „Liebe zum Gutsein“, und die wird allmählich „Liebe zum Volke und endlich zu Gott“. Deshalb erklärt Ludendorff: „Wir treten bewußt aus der Weltanschauung heraus, die durch die jüdischen Lehren des mosaischen Gesetzes, des Christentums und des marxistischen Materialismus geschaffen wurde.“ Und in seinen programmatischen Kampfzielen heißt es: „Deutscher Gottglaube und die sittlichen Ideale sind gestaltet aus dem Blute.“ Um die „echten“ Deutschen zu dieser Rassereligion zu erziehen, hat Ludendorff das „Deutschvolk“ organisiert, in dessen Bundeslisten er nach seinem Ermessen die Bewerber einträgt. Von den Mitgliedern wird erwartet, daß sie dem gleichgerichteten, aber straffer geschlossenen „Tannenbergbund“ beitreten, über den Ludendorff ebenfalls diktatorische Gewalt ausübt. Das Wochenblatt „Ludendorffs Volkswarte“ hat in drei Jahren eine Auflage von 50 000 erreicht, und eine seiner Kampfschriften ist in einer Viertelmillion Exemplaren verbreitet.

Der schroffen Enge dieser wirklichkeitsfremden Rassefanatiker steht mit unvergleichlich größerem Erfolge der milde Pantheismus Gandhis gegenüber. Der Herausgeber der indienfreundlichen Wochenschrift „The Spectator“, der den mächtigen Volksführer einen langen Herbstabend als Gast bei sich sah, erzählt von ihren Gesprächen in seinem Blatte (24. Oktober 1931, S. 520—522). Nach Gandhis Auffassung sei jeder von uns ein Tropfen im Meere des Lebens, und dieses Meer sei Gott. Wir müßten mit allem, was lebt, eins zu werden suchen, also jede Abneigung gegen andere Völker, andere Kasten und auch gegen die Kastenlosen überwinden. Im Alter von 35 Jahren habe Gandhi Ruskins Buch „Unto This Last“ gelesen, und diese Anklage gegen soziale Unterdrückung habe ihn so erschüttert, daß er von dem Tage an sein ganzes Leben geändert habe. Damals hatte er als vielbegehrter Rechtsanwalt in Südafrika ein Jahreseinkommen von 3000 Pfund; heute geht er barfuß, hüllt sich in einen weißen Schal und lebt von Ziegenmilch, Früchten und Salat. Seit dreißig Jahren müht er sich in Armut und harter Arbeit für das Glück Indiens.

Durchaus religiös unterbaut ist auch das Opferleben der Heilsarmee, das die Europareise der fünfundsechzigjährigen Evangeline Booth, einer Tochter des Gründers, wieder hell in unser Bewußtsein gerückt hat. Was diese unverzagte Frau, die nun an der Spitze des Werkes in Nordamerika steht, von seiner weltumspannenden Entwicklung aus kleinsten Anfängen

bezeugte, was sie und die Offiziere ihrer Begleitung ohne Gedankentiefe und Formschönheit vor überfüllten Sälen von helfender Menschenliebe und göttlicher Gnade inbrünstig aussagten, vereinte sich mit dem, was man selbst gelegentlich an äußerlich und innerlich entsagungsvoller Seelenhaltung bei den Mitgliedern beobachten konnte, zu einem starken Eindruck von der segensreichen Macht auch eines kirchenlosen Gottesglaubens. Den Wahrheitsuchern vermag die Heilsarmee nicht zu helfen, aber Millionen Leidbeladener sind ihr dankbar. Sie zählt jetzt in 83 Staaten an rund 20 000 Orten ungefähr 25 000 Offiziere, und auf jeden Offizier kommen durchschnittlich 40 Soldaten. — Vgl. diese Zeitschrift, Dezember 1931, S. 194 ff.

Bekanntlich rechnet die katholische Theologie alle, die schuldlos außerhalb der katholischen Kirche stehen und ehrlich ihrem Gewissen folgen, zur „Seele“ der Kirche. Folgerichtig wird ihnen deshalb der Zugang zu den höchsten mystischen Gnaden ebensowenig abgesprochen wie das ewige Heil. Über den größten, auch jetzt noch fortwirkenden mohammedanischen Mystiker, den Andalusier Ibn al Arabi aus dem 12. Jahrhundert, hat der beste Kenner seiner Werke, der Madrider Arabist Miguel Asín Palacios, ein neues Buch geschrieben: *El Islam cristianizado. Estudio del Sufismo a través de las obras de Abenarabi de Murcia* (Madrid 1931). Aus diesem Anlaß untersucht der Karmeliter Elisäus de Nativitate („*Etudes Carmélitaines*“, Oktober 1931, S. 137—168) gründlich die Frage, „ob das mystische Erlebnis Ibn al Arabis übernatürlich ist“. Er kommt zum Schlusse, daß Ibn al Arabi unter dem frommen Einfluß seiner Familie und unter der Leitung heiligmäßiger Lehrer der mohammedanischen Mystik zu einer Lebensführung von erhabener Strenge gelangt sei und zuletzt in seiner Beschauung Gott „ohne Formen und Bilder“ erkannt habe. „In seiner Lehre wie in seinem Leben findet sich trotz seiner Irrtümer nichts, was uns das Recht zu der Behauptung gäbe, seine Mystik sei nicht übernatürlich.“

Nicht minder zeitgemäß erinnert die „Allgemeine Evangelisch-Lutherische Kirchenzeitung“ (9. Oktober 1931, Sp. 980 f.) an eine Äußerung des „Wiener Freidenkers Dr. Wengraf“, die auch dann ihren Wert behält, wenn sie anderswoher stammen sollte: „Jede antireligiöse Propaganda scheint mir ein Verbrechen. Ich finde sie unsittlich und verabscheuungswürdig. Nicht aus Glaubenseifer, das liegt mir fern, sondern aus der einfachen, in langen Lebenserfahrungen gewonnenen Erkenntnis, daß ein religiöser Mensch unter sonst gleichen Verhältnissen glücklicher ist als ein irreligiöser. . . . Man hat kein Recht, einem andern das schützende Obdach, und sei es nur eine baufällige Hütte, zu nehmen, wenn man nicht sicher ist, ihm ein schöneres, besseres Heim bieten zu können. Aber Menschen aus dem ererbten Heim ihrer Seelen herauszulocken, um sie dann in der Wildnis der Hypothesen und philosophischen Fragezeichen führerlos herumirren zu lassen, das ist verbrecherischer Fanatismus oder verbrecherischer Leichtsin.“

II.

Von freiheitlicher Duldung der Religion sind die Gewalthaber in Mexiko noch immer weit entfernt. Nach dem Berichte eines genauen Kenners in der „Civiltà Cattolica“ (21. November 1931, S. 380f.) sinkt in ganzen Staaten die Zahl der Seelsorgepriester immer mehr auf das gesetzlich bestimmte Verhältnis von einem Geistlichen für 40 000 Einwohner herab. In manchen Städten ist täglich nur eine Messe, in andern sind wöchentlich zwei, was bei der Ausdehnung des Landes und den schlechten Verkehrsmitteln fast einer Unterdrückung des öffentlichen Gottesdienstes gleichkommt. Wo es über die gesetzliche Zahl hinaus noch Priester gibt, „werden sie gewaltsam vertrieben, wie im Staate Veracruz, oder — als Gewerbetreibende! — durch übermäßige Steuern und andere Plackereien genötigt, das Feld zu räumen, wie es im Staate Guerrero geschieht und in Chihuahua und anderswo geplant ist. Noch schlimmer steht es in Colima und in Tabasco, wo man alle Priester gesetzlich zur Zivilehe zwingen will. Im Staate Chiapas kann der öffentliche Gottesdienst kaum noch aufrechterhalten werden, weil nicht mehr als acht Priester über das ungeheure, höchst ungleichartige und teilweise fast unzugängliche Gebiet verstreut sind.“ Als ein Teil der Katholiken, wie es ja vor einigen Jahren ohne entscheidenden Erfolg geschehen ist, zu den Waffen greifen wollte, erhob der Apostolische Delegat Einspruch.

„Gerade wie in Mexiko“, verkündete zuversichtlich der kirchenfeindliche „Heraldo de Madrid“ am 29. Oktober 1931 (Nr. 14272) in seinem Leitartikel, werde in Spanien der Staat siegen, wenn infolge der päpstlichen und bischöflichen Klagen über Bedrückung der Kirche das aufgewiegelte katholische Volk sich gegen die Regierung empöre. Diese Prophezeiung werde „sicherer in Erfüllung gehen als die berühmte des Isaias“. Auch sonst zeigt der Artikel, wie verächtlich heute schon eine große spanische Zeitung über die Kirche schreiben darf. Die Mahnungen des Papstes werden als „Redensarten eines fremden Herrn“ bezeichnet, die Bischöfe sprechen, „wie wenn Markus, Matthäus, Lukas und Johannes nichts gegen die Pharisäer geschrieben hätten“, die Kirche ist „auf die persische Sage vom Sohn der Jungfrau gegründet“ und feiert „theatralische Messen und Kommunionen, um gewissen Gestalten des Mythos eine Sühne für Beleidigungen zu bieten, die ihm angeblich der satanische Staat zufügt“. Trotz der hohen Anerkennung, die auch die Augustinerzeitschrift „Religión y Cultura“ (November 1931, S. 282—284) dem staatsmännisch und rednerisch außerordentlich gewandten Alcalá Zamora für seine katholische Haltung ausspricht, besteht nur geringe Hoffnung, daß er die Ausführung der kirchenfeindlichen Verfassungsparagraphen, deren Annahme durch seinen Rücktritt vom Ministerpräsidium nicht verhindert worden ist, nun als Staatspräsident soweit mildern können, daß der spanischen Kirche wenigstens die lebenswichtigsten Freiheiten bleiben. — Vgl. diese Zeitschrift, November 1931, S. 101 ff.

Freilich haben nicht bloß in Spanien allzuvielen führenden Männer und Frauen aus katholischen Familien die richtige geistige Einstellung zur Kirche mehr und mehr verloren. „Es ist verkehrt“, schreibt

P. Hildebrand Höpfl O. S. B. („Benediktinische Monatschrift“, Dezember 1931, S. 466), „wenn heutzutage in gebildeten Kreisen unsere Stellung zur Kirche derart als Problem aufgefaßt wird, als ob es von unserem eigenen Ermessen abhinge, welche Stellung wir der Kirche gegenüber einzunehmen haben. Nein, dadurch, daß wir durch die Taufe dem mystischen Leibe Christi eingegliedert sind, ist unsere Stellung zur Kirche bereits gegeben. ... Durch diese Lebensgemeinschaft mit der Kirche kommen wir zu Christus, der Quelle unseres Heiles und unserer Seligkeit, unserer Freiheit und unserer Freude. Also durch die Kirche zu Christus, und zwar durch die Kirche, wie sie uns entgegentritt mit ihren scharf umrissenen Dogmen, mit ihrem in bestimmten Formen ausgeprägten Kultus, mit ihren Rechtsamen und Verwaltungsorganen, nicht durch eine Idealkirche, wie sie vielleicht unserem subjektiven Empfinden besser entspräche.“ — Vgl. diese Zeitschrift, November 1931, S. 73 ff.

Zu welch beklagenswerten und von den Betroffenen selber beklagten Zuständen der religiöse Subjektivismus führt, zeigen wieder die Bemerkungen Otto Pipers, des protestantischen Dogmatikers der Universität Münster, zur „theologischen Lage“ („Theologische Blätter“, Dezember 1931, Sp. 349—358). „Die gegenwärtige theologische Situation“ sei „gekennzeichnet durch das Hochkommen einer neuen Weltsicht, des Realismus. Seine Hauptmerkmale sind das Ernstnehmen der konkreten Wirklichkeit als einziger, zugleich aber auch unentrinnbarer Wirklichkeit (vgl. z. B. E. Grisebach, M. Heidegger ...) und die leidenschaftliche Abneigung gegen alle voreiligen und vordergründigen Sinngebungen und Sinndeutungen (Desillusionismus, neue Sachlichkeit).“ K. Barth und P. Tillich hätten „in ganz entgegengesetzter Weise“ diese neue Weltsicht vertreten. Auf anderer Ebene stehe Wobbermin „als Sprecher weiter theologischer Kreise“ gegen Barth und suche eine „Synthese der theologischen Gegensätze“. Aber es liege „im Wesen der Weltsichten, daß sie eine Synthese ausschließen, weil sie an die Individualität ihres Trägers gebunden sind“. Jede theologische Richtung müsse „die wesenhafte Unzulänglichkeit aller andern Lösungen sehen und sie grundsätzlich, nicht nur in Einzelheiten, in Frage stellen“. Nicht der schlechteste Teil der theologischen Jugend werfe heute lutherische, orthodoxe und dialektische Gedanken „sich gegenseitig wie Spielbälle zu und ihren Lehrern an den Kopf“, aber man habe nicht das Gefühl, „sie begriffen auch nur im entferntesten, was diese Gedanken bedeuten“. Die Einheit des Glaubens beruhe „allein auf Christus, der den Glauben schafft“; sie sei „daher nicht darstellbar“. Während die Aufgabe aller andern Wissenschaften wenigstens „in unendlicher stetiger Annäherung“ lösbar sei, bleibe „bei der protestantischen Theologie jeder Lösungsversuch gleich weit vom Ziele entfernt“.

Da eine gedanklich so zersplitterte Umwelt naturgemäß nicht ohne Wirkung auf die Katholiken bleibt, wird die Anpassung der katholischen Seelsorge an die Zeitverhältnisse immer schwieriger. In Wien ist deshalb ein „Seelsorge-Institut“ gegründet worden, das unter Leitung des Generalvikariats durch fünfzehn hervorragende Fachleute der praktischen Seelsorge, teilweise auch mit Unterstützung sachkundiger Laien, die wich-

tigsten Einzelgebiete, z. B. Großstadtseelsorge, Landseelsorge, liturgische Bewegung, Exerzitien, Sekten, kirchliche Statistik usw., dauernd bearbeiten läßt. Jedem Seelsorger wird mündlich oder schriftlich Auskunft gegeben. Außerdem veranstalten die Referenten Vorträge und Tagungen, leiten Arbeitsgemeinschaften und veröffentlichen Schriften. Allmählich will das Institut eine Bücherei mit Archiv und Lesesaal ausbauen („Das Neue Reich“, 21. November 1931, S. 157).

Wissenschaftlich ist die katholische Stellung in Deutschland durch das Wiederaufleben der „Biblischen Zeitschrift“ (Paderborn, Schöningh) erfreulich verstärkt worden. Das erste Doppelheft ist besonders dadurch wertvoll, daß es auf rund 170 Seiten die internationale biblische Literatur der letzten drei Jahre kritisch zusammenfaßt. — Schon im 16. bis 18. Tausend liegt, neu bearbeitet, der stattliche Band vor, in dem der Dillinger Hochschulprofessor Dausch mit anerkannter Zuverlässigkeit die Synoptiker übersetzt und erklärt („Die drei älteren Evangelien“, Bonn 1932, Hanstein). — Mangel haben wir Deutsche leider noch an so leicht lesbaren und zugleich mit der heutigen Wissenschaft und Geisteshaltung eng in Fühlung stehenden theologischen Büchern, wie die Franzosen sie für die Literaturgeschichte der Evangelien in „L'Évangile et les Évangiles“ von Joseph Huby (Paris 1929, Grasset), für die Entstehungsgeschichte des Christentums in „La vie et l'enseignement de Jésus-Christ, Notre-Seigneur“ von Jules Lebreton (2 Bde., Paris 1931, Beauchesne) und für die religionsgeschichtliche und religionsphilosophische Begründung des Christusglaubens in „Jésus-Christ, sa personne, son message, ses preuves“ von Léonce de Grandmaison (Edition abrégée, Paris 1930, Beauchesne) besitzen und viel benützen.

Eine zugleich deutsche und französische Pflegestätte der Wissenschaft in katholischem Geiste, die staatliche Universität zu Freiburg in der Schweiz, hat eine überraschend weite Ausstrahlung erreicht. Nach der letzten Statistik der immatrikulierten Studierenden standen 343 Schweizern 301 Ausländer gegenüber, die sich auf 24 Staaten verteilten. Nach Frankreich und Deutschland waren die Vereinigten Staaten von Nordamerika und Holland am stärksten vertreten, aber auch England, Irland, Spanien, Italien, Polen, die Türkei, Ostasien und Südamerika fehlten nicht. Die theologische Fakultät hatte Studierende aus 21 Ländern, die rechtswissenschaftliche aus 14, die philosophische ebenfalls aus 14 und die mathematisch-naturwissenschaftliche aus 13. Durch die geringe Ausdehnung der herrlich gelegenen Stadt und die unentgeltlichen Kurse der akademischen Sportabteilungen für Fußball, Fechten, Tennis, Ski, Reiten, Schießen, Bergsteigen und Schwimmen wird die bildende und versöhnende Bekanntschaft mit Angehörigen fremder Völker noch besonders erleichtert.

Über dem Völkergewirre der brasilianischen Hauptstadt strahlt seit dem 12. Oktober 1931 jeden Abend vom 900 m hohen Corcovado herab in elektrischem Flutlicht ein Riesenstandbild des Christus-Königs. Es ist eine Gestalt von 38 m Höhe, in schlank herabwallender Gewandung, das Haupt ein wenig geneigt, die Arme wagerecht ausgebreitet. Am Weihe-

abend, dem dreitägige religiöse Festlichkeiten vorausgegangen waren, standen mit dem Kardinal von Rio de Janeiro und 42 Bischöfen, mit dem Apostolischen Nuntius und dem diplomatischen Korps, mit den amtlichen Vertretern der Bundesregierung und der Einzelstaaten 200 000 Zuschauer um den Berg. Als Marconi von Rom aus die radioelektrische Beleuchtung aufflammen ließ, gaben die Kanonen der Forts Ehrensalven, und die in den Lüften kreisenden Flugzeuge warfen Zustimmungserklärungen der brasilianischen Wehrmacht ab („Osservatore Romano“, 11. und 14. Oktober 1931). — Vgl. diese Zeitschrift, Dezember 1931, S. 151 ff.

Der Stellvertreter Christi auf Erden erließ am 2. Oktober 1931 das Apostolische Schreiben „Nova impendit“, das zur allgemeinen Hilfe in der besonders hart auf den Kindern lastenden Not aufforderte, zugleich aber an den engen Zusammenhang der Wirtschaftskrise mit politischen Spannungen zwischen den Völkern erinnerte. Weil das Wettrüsten zu riesenhaften Ausgaben führe, klagt der Papst, daß man die von ihm und seinem Vorgänger ausgesprochenen Mahnungen zur Abrüstung nicht williger befolgt habe, und bittet die Bischöfe, in jeder geeigneten Weise die Gläubigen darüber zu belehren. In allen Ländern haben dann bischöfliche Hirtenbriefe das Wort des Papstes eindringlich weitergegeben.

III.

Gegenüber den Schwierigkeiten der deutschen Wirtschaftslage, die nach dem dritten Vierteljahrbericht des Instituts für Konjunkturforschung (Mitte Dezember 1931) in Produktion und Absatz dauernd sinkt, und deren schärfster Ausdruck die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ist, muß zur Vermeidung entmutigender Irrtümer festgehalten werden, daß ebenso andauernd mit äußerster Entschlossenheit und nicht ohne Teilerfolge um Besserung gerungen wird. Am 13. Oktober konnte Brüning vor dem Reichstage erklären, die Einfuhr ausländischer Erzeugnisse der Landwirtschaft sei ganz wesentlich zurückgegangen, Nahrungsmittel seien für den Winter in genügender Menge vorhanden, der Produktionsapparat unserer Wirtschaft sei gesund, für die öffentlichen Finanzen sei Vorsorge getroffen. — Im abgelaufenen Jahre hat Deutschland trotz aller Not fünf Milliarden Privatschulden an das Ausland zurückgezahlt. Die große Dezemberverordnung stellte auch die letzten wirtschaftlichen Mittel des Staates und der einzelnen so streng in den Dienst der allgemeinen Wohlfahrt, wie es in der Geschichte des Kapitalismus niemals vorgekommen ist. Dazu wurde von allen Seiten die freiwillige Hilfe aufgerufen, und die privaten Sammlungen für die Arbeitslosen lieferten oft überraschend reiche Erträge. — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1931, S. 53 ff.

Nicht minder wichtig war die Weckung der bei vielen fast verlorenen Einsicht, daß ein ausgeglichener und sittlich starker Charakter auch in der Wirtschaft ein unersetzlicher Wert ist. So bekämpften im Oktober vier große Verbände der deutschen Industrie das eitle Prunken mit höheren Studien, das sich namentlich in den Auswüchsen des sog. Berechtigungswesens zeigt. Wenn der Andrang zu den Hochschulen nicht schleunig abnehme, habe man schon für 1934 mit 130 000 stellenlosen

Akademikern aller Fakultäten zu rechnen. Damit der wirklich Befähigte zu Studium und Brot komme, sei notwendig, daß „für Berufe und Tätigkeiten, die weder ein Abiturientenexamen noch ein akademisches Studium erfordern, auch in der Praxis kein Nachweis einer derartigen Vorbildung verlangt wird“. Sparsamkeit wird nicht mehr bloß als leidiger Zwang, sondern als Schule geistig befreiender Selbstbeherrschung und anständiger Einordnung in die Volksgemeinschaft aufgefaßt, aber auch gegen schädliche Einseitigkeit geschützt, wenn beispielsweise der Vorort der farbentragenden katholischen Studentenverbindungen in seinen strengen Weisungen zu einfachster Lebensführung zugleich erklärt: „Die Einschränkung des Verbrauchs führt bei manchen Dingen zwangsläufig zur Einschränkung der Herstellung und damit zu Arbeitslosigkeit, bei andern Dingen zu Unverkäuflichkeit und zur Not der Hersteller. Wer entsprechende Einkünfte hat, sollte auch in Notzeiten einen angemessenen Teil der Einkünfte verbrauchen“ („Academia“, November 1931, S. 189). Mit besonderer Schärfe wurde angesichts großer Finanzskandale die Forderung kaufmännischer Ehrlichkeit vom Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie ausgesprochen. „Wir erachten es als unsere Pflicht“, erklärte Dr. Krupp v. Bohlen und Halbach als Präsident, „in dieser Zeit alle Kräfte an die Selbstreinigung der deutschen Wirtschaft zu wenden, gegenüber jedem, der vom Wege des ehrlichen Kaufmanns abweicht, eine scharfe Trennungslinie zu ziehen.“ Und „wenn es den deutschen Spitzenverbänden wirklich ernst mit ihrer Forderung ist“, schrieb darauf Geheimrat Dr. Duisberg als Ehrenpräsident, dann müsse mit allem Nachdruck die sofortige Ausführung der Bestimmungen zur Verhütung unehrlicher Bilanzen verlangt werden, da die unlauteren Elemente „gerade das Aktienwesen mit Vorliebe zum Tummelplatz ihrer Machenschaften gewählt haben“ („Berliner Tageblatt“ Nr. 575, 6. Dezember 1931).

Schlimmer als in Deutschland ist mancherorts die Not in Polen. Immanuel Bierbaum berichtet aus Warschau der „Vossischen Zeitung“ (Nr. 469, 5. Oktober 1931), stellenweise verdiene ein Siebflechter „in der ganzen Woche immer noch kaum mehr, als man in Berlin für eine Reichsmark kaufen kann“. Diese Leute wären „längst verhungert, wenn nicht alle ihre Familienmitglieder mitarbeiteten und wenn sie nicht ihre Holzhütten mit einem Kartoffelacker und einem Kohlbeet hätten“. Der Kleinbauer könne oft das Petroleum zur Beleuchtung seines armseligen Hauses nicht erschwingen und sitze abends „mit seiner vielköpfigen Familie im Dunkeln“. In Landstädtchen gebe es Schneider, die „bis zu 36 Stunden ohne Schlafpause“ arbeiten müßten. Im teuren Warschau hätten die Beamten „mehr als ein Drittel ihrer schon vorher bescheidenen Bezüge verloren“. — Die bittere Armut des Landes zeigt sich auch darin, daß es in einigen Gegenden für die Hälfte der Kinder an Schulgebäuden und Lehrkräften mangelt. Und von den ohnehin wenigen aus der Masse der Studierenden, die wohl Fähigkeit und Neigung zu einer Universitätsprofessur hätten, vermag nur ein winziger Bruchteil sich die Mittel zu gründlicher wissenschaftlicher Ausbildung zu verschaffen. Infolgedessen ergibt, wie S. Bednarski S. J. („Przegląd Powszechny“, November 1931, S. 257—263)

aus dem 14. Bande des großen Sammelwerkes über das polnische Bildungswesen („Nauka Polska, jej potrzeby, organizacja i rozwój, Warschau 1931) mitteilt, die Statistik der akademischen Lehrstühle ein sehr trübes Bild. An den Staatsuniversitäten zählt man 822 Lehrstühle, es müßten aber, um den Anforderungen eines wirklich wissenschaftlichen Betriebes zu genügen, 100 mehr sein. Dazu kommt, daß schon von den bestehenden Lehrstühlen aus Geldmangel 50 einstweilen unbesetzt bleiben. Die Inhaber von 46 weiteren sind über 65 Jahre alt. Einigermaßen auf die Höhe käme man nur, wenn sich in jedem der nächsten fünf Jahre 57 Privatdozenten habilitierten und in fünf weiteren Jahren je 39. Augenblicklich ist die Zahl der Privatdozenten dreimal kleiner als die der vorhandenen Lehrstühle.

Bekanntlich sind auch in Rußland die wirtschaftlichen Bedrängnisse infolge der in den letzten Monaten überraschend verschärften Weltkrise gewachsen. Beachtung verdient jedoch, was Günther Stein dem „Berliner Tageblatt“ Nr. 573, 5. Dezember 1931) aus Moskau schreibt: „Wer behauptet, die Sowjetunion würde über kurz oder lang nicht mehr weiterkönnen und die Zahlungen einstellen, Deutschland aber, als ihr größter und finanziell schwächster Lieferant, würde dadurch in gefährliche Schwierigkeiten geraten, der verwechselt Wunsch und Wirklichkeit.“ Trotz des Ausfuhrdefizits von 400 Millionen Mark in den ersten acht Monaten des Jahres 1931 hätten die Russen ihre Bestellungen im Ausland nicht einmal eingeschränkt. Wenn Rußland mehr ausführe, könne es sich schneller industrialisieren, wenn nicht, werde es mehr zur Versorgung seiner Bevölkerung übrig behalten, also innerlich erstarken. — Tatsächlich bezeugt Louis Fischer, der nach längerer Abwesenheit wieder als Berichterstatter der amerikanischen Wochenschrift „The Nation“ in Moskau eingetroffen ist, in der Nummer vom 25. November 1931 (S. 572), daß ein Gang durch die Straßen „auch den Zweifler von der Besserung der Lebensbedingungen und der Wiederauffüllung der Warenvorräte überzeugen würde“. Obgleich noch viel zu wünschen übrig bleibe, werde die Zahl der Unzufriedenen geringer.

Selbstverständlich darf man, wie an dieser Stelle schon früher betont worden ist (August 1931, S. 376), solche Beobachtungen nicht verallgemeinern. Aber Verschweigen der bolschewistischen Leistungen führt, soweit dadurch gegenüber den immer zahlreicher werdenden Berichten unverdächtiger Gewährsmänner überhaupt noch etwas verborgen werden kann, zu einer höchst nachteiligen Unterschätzung der bolschewistischen Gefahr. Erfreulicherweise erklärt es auch ein so entschieden bolschewikenfeindliches Buch wie „Der Bolschewismus, Einführung in Geschichte und Lehre“ von Waldemar Gurian (Freiburg 1931) für unmöglich, „ihn nur mit Aufzählungen von bisherigen Mißerfolgen und Fehlergebnissen wirksam zu kritisieren. Da kann er sich einfach auf seine Jugend berufen, darauf, daß er sich bisher in einer Übergangszeit befinde, in der er erst zu lernen und Erfahrungen zu sammeln habe. Werden nicht seine schlimmsten Mißgriffe gerade durch seine Selbstkritik enthüllt? Da kann er sich auf seine Lehre berufen, aus der hervorgeht, daß nichts in der Geschichte sich auf einmal, in reiner Vollkommenheit

ergebe. Da kann er den ihm vorgehaltenen Unvollkommenheiten die Unvollkommenheiten der nichtbolschewistischen Welt entgegenstellen“ (S. 3). Der Fünfjahrplan, „die Norm des öffentlichen Lebens im heutigen Rußland“, für alles Denken und Handeln der Bolschewiken „die entscheidende Aufgabe“, wird „bisher in seinen Ansätzen trotz aller Schwierigkeiten durchgeführt“ (S. 112), „trotz aller Finanzschwierigkeiten“ ist mit seinem Gelingen „sicher“ zu rechnen (S. 116). Allerdings läßt er „für eine differenzierte Geistigkeit“ keinen Raum (S. 117), und das wird sich auf die Dauer rächen; aber einstweilen muß man „das heutige Rußland mit einem Staate im Belagerungszustande vergleichen, der mit allen Mitteln seine wirtschaftliche und seine politische Selbstgenügsamkeit erzielen will, und daher weder auf Unkosten noch auf menschliche Rücksichten Wert legen kann“ (S. 209). Wesentliche Voraussetzung für die Verhinderung der bolschewistischen Weltrevolution ist „die Herstellung einer politischen Ordnung, welche die allgemeine Unzufriedenheit zu mindern geeignet ist“ (S. 211). — Ebenso kommt J. de V. Loder, konservativer Abgeordneter des englischen Unterhauses, in seinem auf langen Studien und Beobachtungen beruhenden Buche „Bolshevism in Perspective“ (London 1931) zu dem Ergebnis, der Fünfjahrplan bedeute trotz aller Fehlschläge eine Steigerung des russischen Wohlstandes und daher auch eine Steigerung der Werbekraft des Kommunismus in der Welt; die kapitalistischen Länder hätten dagegen keine andere wirksame Waffe als Besserung der sozialen Zustände.

Selbstverständlich ist jeder berechtigt, öffentlich eine andere als die hier und in früheren Beiträgen ausgesprochene Ansicht über den Bolschewismus zu vertreten, wenn er sie ausreichend begründen kann, aber niemand, ob Russe oder nicht, hat das Recht zu der Behauptung, ich sei mit den Verhältnissen nicht vertraut, oder ich hätte auch nur ein einziges der von mir beigebrachten Zeugnisse nicht kritisch geprüft.

Wie die „Dossiers de l'Action populaire“ (10. Oktober 1931, S. 1960 bis 1965) aus den Nachrichten des Genfer Internationalen Arbeitsamtes mitteilen, ist der oft gehörte Vorwurf gegen die Rationalisierung der Industrie, sie sei eine der Hauptursachen der Weltwirtschaftskrise, durch eine aus sehr eingehenden Beratungen des Internationalen Instituts für Arbeitsorganisation hervorgegangene Entschließung zurückgewiesen worden. Der wirtschaftliche Niedergang sei eher auf die durch Selbstsucht und internationales Mißtrauen hervorgerufene politische und soziale Unruhe zurückzuführen. Immer habe die Erfindung oder Verbesserung von Maschinen eine gewisse Arbeitslosigkeit im Gefolge gehabt, aber zugleich seien dadurch die Beschwerden der Arbeit verringert, die Löhne erhöht und die Arbeitszeit verkürzt worden. Sobald die von außerwirtschaftlichen Ursachen abhängenden Hemmnisse beseitigt seien, werde die Rationalisierung sich wohltätig auswirken, wofern man sich im Einzelfall vor Übereilung hüte und die zum Gelingen notwendige Ausdehnung auf die gesamte Wirtschaft eines Staates und dann aller Staaten im Auge behalte. Dabei müsse man, „wie Taylor selbst es getan habe, die sozialen Wirkungen der geplanten Maßnahmen auf Gesundheit und Sittlichkeit in

den Arbeitsstätten, auf Bezahlung und Behandlung der Belegschaft, auf richtige Verteilung und Verwendung der Ruhezeiten und auf das Gedeihen der Familie sorgfältig beachten“. Die Rationalisierung sei nicht abzuschaffen, sondern im Gegenteil so schnell wie möglich in allen Betrieben der Welt einzuführen, um Gefahren, Dauer und Kosten der Produktion zu vermindern, durch Angebot besserer und billigerer Waren den Verbrauch zu beleben und so die zeitweilig ausgeschalteten Arbeitskräfte in den Wirtschaftsprozeß mit größerem Vorteil für sie selber wieder einzuschalten.

Ob das kapitalistische System überhaupt noch aufrechterhalten werden kann, wird von Fachleuten, zumal da nicht alle unter „Kapitalismus“ genau dasselbe verstehen, nach wie vor stark umstritten. Am meisten Aufsehen hat das unter dem Decknamen Ferdinand Fried erschienene Buch „Das Ende des Kapitalismus“ (Jena 1931) gemacht, das aus Artikeln der „Tat“ entstanden ist und wie diese zwischen Wissenschaft und Belletristik schillert. Fried setzt sich dafür ein, daß nicht durch den Kapitalismus, sondern nur durch mitteleuropäische, an Rußland angelehnte Planwirtschaft im Sinne eines Staatssozialismus die gegenwärtige Krise überwunden werden könne. Professor Bonn von der Berliner Handelshochschule, der diesen Fragen bereits mehrere Bücher gewidmet hat, schreibt in der „Neuen Rundschau“ (November 1931, S. 585), nicht die Wirtschaftskrise bringe den Kapitalismus in Gefahr, sondern die Angst der Kapitalisten selber, die Kapital zu retten glaube, wenn sie es den Lebensadern des Kapitalismus entziehe. Die „Meinung feuilletonistischer Philosophen, das Ende des Kapitalismus sei gekommen“, ist nach Bonn „ohne große Bedeutung“. Ebenso erklärt die „Handelsredaktion der Frankfurter Zeitung“ in der zur Feier ihres fünfundsiebzighjährigen Bestehens gemeinsam herausgegebenen Festschrift „Nachkriegskapitalismus“, unsere heutige Krise sei „nicht eine Krise des Kapitalismus“; er sei nicht nur „einstweilen völlig unersetzlich“, sondern wie kein anderes System geeignet, „der Emanzipation der Menschheit von der Kargheit der Natur zu dienen“ (S. 6). — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1931, S. 36 ff., und Dezember 1931, S. 159 ff.

IV.

Der Versuch zur Beseitigung der schlimmsten wirtschaftlichen Hemmungen durch die für Februar 1932 angesetzte internationale Abrüstungskonferenz, zu der in Genf mehrere tausend Abgesandte von Staatsregierungen aus der ganzen Welt erwartet werden, fällt zwar, wie der deutsche Reichstagsabgeordnete Joos in der „Germania“ (Nr. 514, 2. Dezember 1931) schreibt, „psychologisch in eine schwierige Zeitlage“. Obgleich die Störung des Pariser Vorbereitungskongresses, die übrigens, wie Joos als Teilnehmer bezeugt, die eigentliche Arbeit nicht gehindert hat, keineswegs für eine Äußerung „Frankreichs“ genommen werden dürfe, werde es nicht leicht sein, „die deutsche, man kann auch sagen die These der Völker der Welt, mit der französischen in Einklang zu bringen. Und

doch muß man den Graben auszufüllen sich bemühen. Wir brauchen Frieden und Vertrauen, um weiterleben zu können.“ — Daher rufen auch die Religionsgesellschaften immer dringender zur Unterstützung der Friedensbestrebungen auf. Von den Mahnungen des Papstes und der Bischöfe wurde im II. Teile dieses Berichtes schon gesprochen. Eine große Anzahl von Kundgebungen aus andern religiösen Kreisen — vom Vorbereitungsausschuß des „Kongresses für Frieden durch Religion“, vom „Internationalen Versöhnungsbund“, vom „Internationalen Kongreß antimilitaristischer Pfarrer“, von der „Weltbundkonferenz in Cambridge“, von den süd- und westdeutschen „Konferenzen der Bischöflichen Methodistenkirche“, von den „Weltkonferenzen der Evangelischen Jungmännerbünde“ in Toronto und Cleveland, von der Pfarrerversammlung des Vereins „Kerk en Vrede“ in Amsterdam, von der Generalsynode der Brüdergemeinde, vom evangelischen „Landeskirchentag“ für Thüringen, von der Oxforder Konferenz „Christ and Peace“ — findet man in der „Eiche, Vierteljahrschrift für soziale und internationale Arbeitsgemeinschaft“ (1931, Heft 4). In der Berliner Stadthalle veranstaltete die Arbeitsgemeinschaft der Konfessionen für den Frieden am 30. November eine Kundgebung, an der außer deutschen Staatssekretären und ausländischen Diplomaten auch ein amtlicher Vertreter des Bischofs von Berlin teilnahm. Ebenfalls unter Beteiligung der Regierung und des Parlamentes fand am 15. Dezember in St. Paul in London ein feierlicher anglikanischer Gottesdienst für den Erfolg der Abrüstungskonferenz statt.

Der Wiederbelebung gesunder internationaler Beziehungen will durch klare Erfassung der seit dem Krieg entstandenen politischen Wirklichkeit die neue Zweimonatschrift „Res Publica“ dienen, die seit Oktober 1931 in Brüssel erscheint. Sie bringt Urkunden, Berichte und Aufsätze, für deren Richtung und Bedeutung international bekannte Namen von Staatsmännern, Juristen, Historikern und Publizisten (C. Sforza, G. Salvemini, F. L. Ferrari, G. P. Gooch, H. W. Steed) klar genug sprechen.

Bedauerlich trüben sich die Aussichten für die Abrüstungskonferenz noch im letzten Augenblick durch die Entwicklung des Streites zwischen Japan und China um die Mandschurei. Die Japaner behaupten, alle ihre militärischen Maßnahmen, die übrigens ein Gebiet von der doppelten Größe Deutschlands umfassen, seien nötig, um ihre Staatsangehörigen und die ungeheuern Kapitalanlagen zu schützen, zu denen sie durch Verträge berechtigt gewesen seien, und die das von Bürgerkriegen verwüstete China nicht schützen könne oder nicht schützen wolle. Die Chinesen, deren Nachrichtendienst in der Presse Europas und Amerikas weit seltener zu Wort kommt als der japanische, führen den Ursprung des Streitfalles auf japanische Übergriffe zurück (vgl. z. B. die auf Kosten der „Liga für Vaterlandsverteidigung der Chinesen in Deutschland“ 1931 in Berlin gedruckte Materialsammlung „Chronik der chinesisch-japanischen Beziehungen“). Die Zeitschrift der in Belgien studierenden katholischen Chinesen („Jeunesse chinoise“, Dezember 1931) bringt ausführliche Mitteilungen aus China, nach denen schon vor dem Ausbruch der Feindseligkeiten in Mukden das Gerücht ging, die japanische Heeresleitung in Port

Arthur arbeite zusammen mit drei abgesetzten chinesischen Generälen einen Plan zur Besetzung der Mandschurei aus. Der Augenblick war insofern günstig für das Unternehmen, als China durch die riesenhafte Überschwemmung des Blauen Flusses, Amerika und England durch die Wirtschaftskrise gelähmt waren. Aus Schanghai schrieb Peter Fleming am 21. Oktober 1931 nach einer Reise durch die Mandschurei an den Londoner „Spectator“ (14. November 1931, S. 638): „Auf beiden Seiten gesteht man sich ein, und wie ich bezeugen kann, hat man es sich in privater Unterhaltung auch gegenseitig gestanden, daß die eine Partei genau soviel Fehler gemacht hat wie die andere.“

Unleugbar ist allerdings, daß China die Verträge, auf die Japan sich beruft, unter Zwang geschlossen hat. China weist ferner darauf hin, daß Japan ähnlich wie jetzt in die Mandschurei früher in andere chinesische Hoheitsgebiete eingedrungen ist. Es hat namentlich Korea zuerst von China unabhängig gemacht und dann selber in Besitz genommen. Es hat 1915 im letzten Teile der bekannten „21 Forderungen“ sogar den freilich ergebnislosen Versuch gemacht, die chinesische Zentralregierung zu zwingen, Japaner als „Ratgeber in politischen, finanziellen und militärischen Angelegenheiten“, als Mitglieder der Polizeiverwaltung in wichtigen Städten und als Techniker in Fabriken für Heeresbedarf zu verwenden. Wenn also die chinesischen Befürchtungen durchaus erklärlich sind, so ist auf der andern Seite doch auch wahr, daß Japan ohne Korea und die Mandschurei wirtschaftlich und militärisch nicht gesichert ist, solange die Gefahr besteht, daß in Zukunft ein modernisiertes China oder ein innerlich gefestigtes Sowjetrußland auf Eroberungspolitik nicht verzichten wird. Die Staaten der weißen Rasse sollten die Geschichte ihrer eigenen Gewaltpolitik gegenüber Japan und China nicht vergessen: hätten sie sich und die Menschheit ernsthafter zu friedlicher und gerechter Verständigung über internationale Rechte und Pflichten erzogen, dann könnten sie auch mit mehr Erfolg für einen friedlichen Ausgleich zwischen China und Japan eintreten und ihre eigene Wirtschaft durch volle Erschließung des ostasiatischen Marktes neu beleben, während sie jetzt zusehen müssen, wie die Bolschewiken das Vorgehen Japans und die Erbitterung der Chinesen für die Weltrevolution ausnützen („Die kommunistische Internationale“, 25. Oktober 1931, S. 1676). Ein so ausgezeichnete Kenner der Weltpolitik wie William Martin vom „Journal de Genève“ schreibt im „Spectator“ (19. Dezember 1931, S. 843), obgleich Japan durch seinen Einmarsch in chinesisches Gebiet ohne Zweifel gegen seine Pflicht als Mitglied des Völkerbundes verstoßen habe, sei es vom Rat offenbar bloß aus dem beschämenden Grund, daß England und Amerika den Japanern für ihre Flottenbeschränkung, Frankreich für ihren Verzicht auf Einwanderung in Indochina längst freie Hand in der Mandschurei zugesichert hatten, nicht schuldig gesprochen worden. Selbst wenn das zutrifft, bleibt wahr, daß ohne den Völkerbund die Gefahr eines Krieges mit unabsehbaren Folgen viel größer gewesen wäre.

Nach diesem Grundsatz wird auch die indische Gefahr zu beurteilen sein. Die Enttäuschung, daß die Londoner Indienkoferenz keine volle Klä-

rung gebracht hat, weil England den Streit zwischen Hindus und Mohammedanern über den Anteil an der Verwaltung nicht selbst schlichten wollte, wird immerhin dadurch gemildert, daß Macdonald bei der neuen englischen Regierung und sogar bei dem fast ganz konservativ gewordenen Unterhause die feste Zusage zur Einsetzung einer indischen Zentralregierung erreicht, also den Weg zu einem selbständigen indischen Dominion kürzer gemacht hat, als er bisher schien. Aber weder Gandhi noch die durch ihn geweckte Dreihundertmillionenwelt Indiens wird sich lange mit einer „Selbständigkeit“ begnügen wollen, die England gemäß der amtlichen Erklärung wenigstens einstweilen finanziell, militärisch und außenpolitisch zu beschränken entschlossen ist.

Die Russen geben uns in dieser Hinsicht, meint der seit langem zum slawischen Ritus übergetretene französische Jesuit Ch. Bourgeois, „eine große Lehre“. In der „Nouvelle revue théologique“ (November 1931, S. 786—808) zeigt er aus der russischen Geschichte die fabelhafte Anpassungsfähigkeit des russischen Bauern. „Anstatt andere zu kolonisieren, hat das russische Volk sich, alles in allem genommen, selbst kolonisiert, es hat sich mit einer auffallenden Geschmeidigkeit jeder Neuerung angepaßt. Das ist eine grundlegende Tatsache, über die man sich klar geworden sein muß, bevor man die Psychologie und die Religion des russischen Bauern verstehen kann.“ Die Russen haben die Asiaten nicht wie Leute betrachtet, die alles von uns zu lernen hätten, sondern „sie haben ihre Kultur geschätzt, in ihr gelebt, daraus für sich selbst reichen Nutzen gezogen“. Und wenn man das heutige Rußland nicht falsch beurteilen wolle, müsse man darauf achten, wie sehr es „nach dem Kriege wieder zu Asien geworden sei“. — Bei einer so ungewöhnlichen Wandlungsfähigkeit begreift man leichter, was der nordamerikanische Nationalökonom Calvin B. Hoover in der „Neuen Rundschau“ (Oktober 1931, S. 439 f.) von den Beobachtungen erzählt, die er bei einem langen Studienaufenthalt über den Zerfall des Familienlebens gesammelt hat. In Tausenden von Kinderheimen leben junge Sowjetbürger außerhalb der Familie wie Rekruten in der Kaserne: man will eine Generation, „unberührt vom Individualismus und seinen Giften und ohne Sinn für das Gieren nach Privateigentum in allen seinen Ausstrahlungen. Einige dieser Krippen sind gut ausgerüstet. Ihre hygienischen Verhältnisse sind gut und das Personal zulänglich. Aber bei vielen von ihnen mangelt es an allem in hohem Maße. Verpflegung, Kleidung und Hygiene jedoch sind immer noch besser als in den Wohnstätten, aus denen die Kinder kommen.“ In einer bäuerlichen Kollektivgemeinde fand Hoover, daß die Kinder ihre in einem andern Gemeindehause zusammenlebenden Eltern nicht jeden Abend, sondern einmal in der Woche besuchen durften, wenn die Eltern es wünschten; aber die Eltern hatten selten diesen Wunsch. — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1931, S. 1 ff.

Offenbar ist gerade die russische Anpassungsfähigkeit ein entscheidender Grund, weshalb die bolschewistischen Gewalthaber sich um den Volkswillen so wenig zu kümmern brauchen, der allerdings auch bei schwerfälligeren Rassen und in demokratischen Staaten sehr überschätzt und oft mißverstanden wird. Der Volkswille kann nur herrschen, schreibt der

Greifswalder Landgerichtsrat Dr. Herrfahrdt in einem Aufsatz über den „Staat des 20. Jahrhunderts“ („Blätter für deutsche Philosophie“, Jahrgang 1931, S. 221—234), „wenn er einheitlich ist, eine Voraussetzung, die in gewissem Grade zutrifft, wo dem absoluten Monarchen oder einer kleinen Oberschicht die geschlossene Masse des Volkes gegenübertrat. Heute fehlt diese Voraussetzung völlig. Das Volk ist in Gruppen zerfallen, deren jede in Anspruch nimmt, den wahren Volkswillen zu repräsentieren.“ Wohl sei bei den jetzigen Zuständen „ein gesundes deutsches Volk“ nicht zu denken „ohne leidenschaftliche nationale Empörung und ohne leidenschaftliche Arbeiterbewegung“, aber in dieser Spannung zwischen Außen- und Innenpolitik sei es Aufgabe des Staatsmannes, „das Positive, Lebendige aus allen großen Bewegungen in sich aufzunehmen und realpolitisch in sich umzuformen“, wobei er natürlich keine Partei ganz zufriedenstellen könne.

Insofern ist nicht zu leugnen, was Dr. Eberle („Schönere Zukunft“ 29. November 1931, S. 197) über den Nationalsozialismus sagt — und ähnlich auch über den Kommunismus hätte sagen können —, daß „bloß negative Abwehr“ nicht genügt, sondern daß es notwendig ist, „das Berechtigte in den Forderungen des Nationalsozialismus aufzugreifen und in gereinigter, verbesserter Form dem Programm christlicher Politik einzuverleiben“. Weniger sicher ist es, ob man von einer Vermehrung der nationalsozialistischen Abgeordneten auf einen starkanwachsenden nationalsozialistischen Volkswillen schließen darf. In der ganzen Geschichte des britischen Parlaments hat niemals die Regierung eine so überwältigende Mehrheit gehabt wie nach den Oktoberwahlen, und nie hat eine Partei alle ändern so weit überflügelt, wie es diesmal den Konservativen gelungen ist, aber trotzdem unterstreicht „Manchester Guardian Weekly“ (30. Oktober 1931, S. 342) die Behauptung Snowdens, daß aus vermeintlich nationaler Pflicht „Millionen von Männern und Frauen für Kandidaten gestimmt haben, deren allgemeine politische Richtung sie nicht billigen“. Das neue Unterhaus, fügt das Blatt hinzu, sei eher „eine Travestie der Volksvertretung“. — Vgl. diese Zeitschrift, Dezember 1931, S. 145 ff.

V.

Politische Zersplitterung hängt aufs engste mit Zersplitterung des Geisteslebens zusammen, und wie weit die in Deutschland fortgeschritten ist, sah man wieder an einer Übersicht von F. J. Brecht über die „Kierkegaard-Forschung im letzten Jahrfünft“ (Literarische Berichte aus dem Gebiete der Philosophie“, Heft 25, S. 5—35, Erfurt 1931). Kierkegaards Name sei „in Mode gekommen bei Psychopathologen und Ästhetikern und erst recht bei den Lebensphilosophen und Theologen“, es herrsche geradezu eine „Kierkegaard-Inflation“. Tatsächlich bespricht Brecht 44 Bücher und Aufsätze, alle in deutscher Sprache, von denen freilich einige mehr als fünf Jahre zurückliegen. Nicht nur offenbart sich da die allergrößte Verschiedenheit der Kierkegaard-Auslegung je nach dem philosophischen Standpunkte des Auslegers, sondern Brecht glaubt als „klare Überzeugung“ aussprechen zu dürfen, „daß philosophisch Bedeutsames trotz vieler Anstrengungen nur wenig erreicht worden“ sei, ja daß

nicht einmal die „Forschungsgrundlagen“ geklärt seien, was übrigens auch Platon, geschweige denn „Kant oder gar Hegel“ gegenüber noch zu tun bleibe. Mag diese Behauptung zu weit gehen oder nicht, jedenfalls ist es bezeichnend, daß man sie in einer philosophischen Fachzeitschrift heute drucken kann. Dabei sucht Brecht außerdem die Tatsache zu verteidigen, daß fast alle deutsche Kierkegaard-Forschung auf der, wie auch er zugibt, höchst mangelhaften Übersetzung von Schrempf und nicht auf den dänischen Urtexten beruht, während er an derselben Stelle doch wieder die Versicherung Schrempfs, er habe durch seine Änderungen den Gedanken Kierkegaards nicht „alteriert“, als irrig zurückweist: bei so genialen Sprachkunstwerken sei „Alterierung“ der Form ohne „Alterierung“ des Gedankens unmöglich. — Vgl. diese Zeitschrift, November 1931, S. 78 ff.

Auf ähnlich schwankendem Boden stehen infolge einer leidenschaftlichen Ungeduld, die rasch das Ganze schauen und nicht mühsam das einzelne begründen will, auch andere Wissenschaften. Doch werden die unveräußerlichen Rechte des Verstandes immer wieder angemeldet. Sogar die wissenschaftliche Erfassung einer Dichtung „vom Ergründen der Kunstgestalt bis zum Feststellen des Geistesinhalts“ muß nach Oskar Walzel heute wie von jeher „begrifflich“ vor sich gehen („Euphorien“, Jahrgang 1931, Heft 4, S. 453). „Kunst zu erfüllen“, sagt er, „mag der Verstand nicht genügen. Aber der Wissenschaft muß das Recht zugestanden werden, dem Irrationalen des Kunstschaffens und Kunsterfühlens nach Kräften mit rationalen Mitteln nahezukommen.“ Auch die verhängnisvollen Irrtümer der Psychoanalyse erklärt Professor Linus Bopp in einer sehr beachtenswerten Aufsatzreihe („Schönere Zukunft“ Nr. 5—7, November 1931) eigentlich aus einem Mangel an Rationalismus. Freud war in seinen Forschungen durch einen an Hannibals Beispiel entflammten Haß gegen Rom behindert, der ihn nach eigenem Geständnis verzehrte, seit er in den Kinderjahren gehört hatte, wie sein Vater von einem rohen Christen beleidigt worden war. Der Haß habe zwar seinen Blick für die Abtragung des christlichen Kulturbauens bis zu jener letzten Tiefe, wo ihm der Mensch nur noch als ein niedriges Triebwesen erschien, außerordentlich geschärft, und dabei habe Freud den Weg zu den Untergründen aller Wissenschaft geklärt und medizinische wie pädagogische Auffassungen vertieft; aber derselbe Haß habe ihn auch verblendet, so daß er das Hohe übersehen, „alle Wertgebiete beschmutzt“ und unter dem Einfluß seiner Lehre edler angelegte Menschen durch Lebenskel in den Tod getrieben habe. Erst unter seinen Nachfolgern habe die Psychoanalyse sich so weiterentwickelt, daß die Macht sittlicher und religiöser Erziehung auch von dieser Seite her wieder deutlicher hervorgetreten sei.

Mehr als mancher Laie ahnt, wird die wissenschaftliche Sachlichkeit durch ein gewisses Rezensionsunwesen bedroht. Ein ungenannter Universitätsprofessor schreibt darüber in der „Schönen Zukunft“ (29. November 1931, S. 195): „Selbst derjenige, der schon einen Lehrstuhl an irgend einer Universität innehat, aber noch an eine größere Universität zu kommen trachtet, wird sich hüten, irgend eine Lehrmeinung oder ein Buch eines Professors, der bei seinem Aufstieg etwas mit- oder dareinzureden

hat, vorurteilslos zu kritisieren.“ Nicht selten organisiert der Verfasser eines Buches von vornherein den Beifall der Kritik. „So erschien vor wenigen Jahren in L. ein lange erwartetes Werk eines Schulhauptes. Von dem Verfasser selbst wurde nun angeordnet, welche seiner Schüler in dieser oder jener Zeitschrift die Besprechung vorzunehmen hätten. So versteht man, wie ein Buch sooft ‚von der gesamten Kritik einstimmig gelobt‘ wird.“ — Leider beginnt auch außerhalb der Professorenkreise der Brauch überhandzunehmen, daß Verfasser mit oder ohne Umweg über ihre Verleger die naturgemäß den Schriftleitungen zustehende Freiheit der Rezensentenwahl zu beschränken suchen.

Bei den Zeitungen wird ja die Vorliebe für krumme Wege beim Publikum so leichthin vorausgesetzt, daß Reichskanzler Brüning der „Frankfurter Zeitung“ (29. Oktober 1931, Reichsausgabe) zur Feier ihres fünfundsiebzigjährigen Bestehens das besondere Lob spendete, sie sei „stets bestrebt, im politischen und wirtschaftlichen Kampfe maßvoll und objektiv die von ihr eingenommene Haltung zu vertreten“. Dagegen heißt es über den mächtigen Beherrscher der Hearstblätter im „Atlantic Monthly“ (Dezember 1931, S. 709): William Randolph Hearst sei einer von den großen Vertretern der Ansicht, die Presse müsse „dem Publikum geben, was es wünscht“. Bei dieser Ansicht komme es nur auf Wirkung an, und der Zweck heilige hier die Mittel; Gerissenheit und Aufmachung seien wichtiger als Ehrlichkeit und Gründlichkeit.

Immerhin lebt in unserer so bedrängten und auch deshalb so selbstsüchtig gewordenen Zeit noch so viel Idealismus, daß der Stuttgarter Arzt Dr. Manfred Breuninger in der „Christlichen Welt“ (17. Oktober 1931, Sp. 970—972) für einen „Weltbund der Kinderlosen“ werben kann, weil es gegenüber den Ehepaaren, die keine Nachkommenschaft wollen, viele andere gebe, die sich nach Kindern sehnen. „Frei behilflich wollen die dem Bunde zugehörigen Kinderlosen dort sein, wo aus der Kinderfreude und Kinderlust eine Kinderlast geworden ist.“ Sie hoffen, mit ihrer Gründung „einen naturgetreueren Weg gewiesen zu haben, als es für überladene Familien die Schwangerschaftsunterbrechung oder Ähnliches wäre“. — Vgl. diese Zeitschrift, Oktober 1931, S. 20 ff.

Aus verwandter Wertung menschlicher Lebensaufgaben entspringt das Urteil Hermann Hesses über den heutigen Sinn des Dichtens. „In früheren Zeitaltern“, schreibt er im „Kunstwart“ (Dezember 1931, S. 147), „gehörte das Dichten als etwas Selbstverständliches mit zum Werdeprozeß einer jungen Persönlichkeit. Auf dem Wege des Dichtens nicht bloß Sprachübungen zu treiben, sondern sich selbst tiefer und schärfer kennen zu lernen, den Entwicklungsgang der Individuation weiter und höher zu treiben, als er beim Durchschnitt der Menschen gelingt, durch das Niederschreiben einmaliger, ganz und gar persönlicher Seelenerlebnisse die eigenen Kräfte und Gefahren besser zu sehen, besser zu deuten — das ist der Sinn, den das Dichten zunächst für den jungen Dichter hat, lange bevor die Frage gestellt werden darf, ob nun seine Gedichte etwa auch für die Mitwelt einen Wert bedeuten.“ Dieser zweite Wert liege auf alle Fälle darin, daß ein so ernstes Ringen um dichterischen Ausdruck dem Volkskörper

einen Zuschuß jener heute so bitter entbehrten „Energie, Verantwortlichkeit und innern Reinheit“ sichere, „die nur der hochgesinnte einzelne aufbringt“.

Das ist ohne Zweifel ein Gewinn für die Menschheit, wenn sich mit der gewonnenen Kraft die Erkenntnis des richtigen Weges verbindet. Auch Hesse würde ja wohl kaum das neue Unternehmen des Moskauer Staatsverlages gutheißen, der mit seiner illustrierten, in vier Sprachen erscheinenden Monatschrift „Literatur der Weltrevolution“ die Dichtung aller Völker den Zielen des Bolschewismus dienstbar macht. Die Zeitschrift, zu deren Beirat die deutschen Dichter Becher und Gläser gehören, nimmt dichterische Beiträge jeder Form, Kritiken und Nachrichten nur dann auf, wenn sie sich in die Vorbereitung der allgemeinen Diktatur des Proletariats wirksam einordnen lassen.

Trotz der Theaternot, die allenthalben, wenn auch unter viel Widerspruch, zum Schließen oder Zusammenlegen von Theatern führt, weiß Hans Knudsen, der Theaterkritiker der „Preußischen Jahrbücher“ (November 1931, S. 220) zu berichten, das Rose-Theater im Osten Berlins, das schon 25 Jahre im Besitze derselben Familie sei, habe 20 000 Abonnenten und „kaum genug Spielmöglichkeit, um den Theaterhunger einfacher Menschen zu befriedigen. Aber: man hat billige Eintrittspreise.... Dieses Theater kennt keine Sorgen; es kennt aber auch keine Stars und keine Stargagen!... Ein Spielplan fürs Volk: einmal ‚Rose Bernd‘, dann ‚Charleys Tante‘, einmal ‚Die andere Seite‘, dann eine Gesangsposse — alles nimmt dieses dankbare, unsnobbistische Publikum begeistert auf.“ Strenggenommen, sollte es ja wohl einiges nicht so begeistert aufnehmen, aber Knudsen versichert, daß voriges Jahr die „Braut von Messina“ hier fünfzigmal gespielt worden sei!

Während der Tonfilm noch vor wenigen Jahren von kunstverständigen Eiferern als „photographiertes Theater“ verkannt wurde, erklärt nun in der „Deutschen Filmzeitung“ (Nr. 48, 27. November 1931) der Münchener Dichterpreisträger Willy Seidel: „Er ist die Bühne der Zukunft.... Deshalb sollten die Dichter sich heute schon klar sein darüber, daß ihr eigentliches Material der Tonfilm sein wird ... und ebenso sollten die Schauspieler sich immer gründlicher mit den Tonfilmmitteln bekannt machen....“ Schon bald werde der Tonfilm „Menschen in den Farben der Wirklichkeit“ vor uns stellen, dem Raum plastische Tiefe geben, „räumlich und zeitlich kaum geahnte Überraschung“ bringen, „unbeschwerte Phantasie“ am Werke zeigen, die „Gärten der Romantik wieder öffnen“. — Vielleicht beurteilt aber Ernst Heilborn das Theater richtiger, wenn er sagt („Die Literatur“, Dezember 1931, S. 122): „Die Bühne verfügt über weniger Möglichkeiten und ist anspruchsvoller. Nur wäre es arger Irrtum, eine Schwäche der Bühne darin zu erblicken. Vielmehr: Es bezeugt ihre überlegene Kraft.“

VI.

In der Frage, ob das menschliche Leben ohne Speise und Trank längere Zeit mit natürlichen Mitteln erhalten werden kann, kommt Herbert Thurston S. J. im „Month“ (Oktober 1931, S. 348) nach genauen, in

verschiedenen Jahrgängen der Zeitschrift mitgeteilten Untersuchungen zu dem Ergebnis: „Auch wenn wir die Möglichkeit von Übertreibungen offenlassen, scheint es unleugbar, daß eine ganze Anzahl von Personen, bei denen an ein Wunder gar nicht zu denken ist, jahrelang mit Nährstoffen ausgekommen ist, die sich nur nach Unzen berechnen lassen, und wir werden deshalb nicht umhin können, den Satz des Papstes Benedikt XIV. richtig zu finden, daß die bloße Tatsache eines fortgesetzten Lebens ohne Speise und Trank nicht mit Sicherheit als Wirkung übernatürlicher Ursachen anzusehen ist.“

Welche Opfer an Leben und Gesundheit die Forscher haben bringen müssen und noch bringen, denen die leidende Menschheit die unermeßliche Wohltat der Behandlung mit elektrischen Strahlen verdankt, beginnt Professor Dhalluin von der medizinischen Fakultät zu Lille in der „Revue des questions scientifiques“ (November 1931, S. 436—459) darzulegen. Die Gefahr beruht hauptsächlich darauf, daß durch die Strahlungsexperimente Hautverletzungen entstehen, deren Natur sich meistens erst offenbart, wenn es zu spät ist, Krebsbildung zu verhindern. Außer einer langen Liste von Todesfällen sind deshalb zahlreiche Verluste von Fingern und Armen zu beklagen, und aus demselben Grunde müssen manche Radiologen beständig durch Handschuhe die entstellenden und schmerzhaften Wunden verbergen, die sie im Dienste der Wissenschaft und der Nächstenliebe davongetragen haben.

Über die in letzter Zeit viel umstrittenen Funde von Knochenteilen fossiler Menschen in der Nähe von Peking sagt Professor Weidenreich, Direktor des Frankfurter Instituts für physische Anthropologie, in den „Naturwissenschaften“ (2. Oktober 1931, S. 817 ff.), dieser sog. *Sinanthropus Pekinensis* sei keineswegs das lang gesuchte „entscheidende Glied der ganzen Kette“ zwischen dem heutigen Menschen und dem Affen; er stehe „in seiner Allgemeinform dem rezenten Menschen noch weit näher als dem eigentlichen Menschenaffenstadium“. Gegen den französischen Jesuiten Teilhard de Chardin, der wegen einzelner Formbesonderheiten den *Sinanthropus* „aus der direkten Vorfahrenreihe der rezent-menschlichen Form auszuschalten“ suche, wie es allerdings „bisher bei jeder neu aufgefundenen fossilen Form fast regelmäßig“ geschehen sei, ist Weidenreich der Ansicht, „daß *Sinanthropus* mit *Pithecanthropus* an der tiefsten bisher bekannt gewordenen Stufe der zum Menschen führenden Primatenlinie steht, und daß er zweifellos im morphologischen Sinne in die direkte Vorfahrenreihe des rezenten Menschen hineingehört“. Außer durch die zu beachtende Einschränkung „im morphologischen Sinne“ werden übereilte Erwartungen oder Befürchtungen von Weidenreich mit der ausdrücklichen Feststellung abgewiesen: „Die Affenform ist allerdings auch mit *Sinanthropus* noch nicht erreicht.“